

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament
Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)
www.gruene-europa.de



Pressemitteilung

Schwerpunktt Themen der Sitzungswoche in Straßburg Juli 2010

Brüssel, 1. Juli 2010

Programm der belgischen Ratspräsidentschaft

Stellungnahme von Rat und Kommission (ohne Resolution), Debatte im Plenum am Mittwoch, 07.07. ab 9 Uhr

Reinhard Bütikofer MdEP

Büro: +33 (0)3 88 1 75816

Grüne Position: Am 1. Juli 2010 übernimmt Belgien die EU-Ratspräsidentschaft. Die Grüne Europafraktion erwartet von Belgien, den europäischen Gedanken gegen stärker werdende Tendenzen zur Renationalisierung voranzutreiben. Belgien muss den Lissabon-Vertrag vollständig implementieren und das neue Gleichgewicht der EU-Institutionen festigen. Die aktuellen Herausforderungen Europas müssen zügig angegangen werden. Dazu gehört die Einführung einer effektiven europäischen Finanzmarktaufsicht. Außerdem muss sich die EU wieder an die Spitze der internationalen Klimapolitik setzen. Beim Klimagipfel in Cancun muss sich Europa auch einseitig auf eine Reduzierung der CO₂-Emissionen von mindestens 30% bis 2020 verpflichten. Denn das fördert auch die europäische Industrie und heimische Jobs.

Finanzaufsicht

unter anderem Bericht über die EU-Wertpapierbehörde ESMA, Sven Giegold (Grüne/EFA, DE)

1. Lesung, Mitentscheidung, Debatte im Plenum am Dienstag, 06.07. ab 16 Uhr, Abstimmung am Mittwoch, 07.07.

Sven Giegold MdEP

Büro: +33 (0)3 88 1 77369

Hintergrund: Die Verhandlungen zur Finanzaufsicht stocken. Geplant ist die Schaffung von drei Behörden (für Banken, Versicherungen/Pensionsfonds und Wertpapiere) sowie eines EU-Systemrisikorates. Das Europäische Parlament fordert angesichts bitterer Erfahrungen mit dem System nationaler Aufsichten während der Finanzkrise umfassende Aufsichtsbefugnisse für die neuen EU-Behörden. So soll beispielsweise die Wertpapierbehörde weitgehende Rechte bekommen, Finanzaktivitäten wie zum Beispiel Leerverkäufe europaweit verbieten zu können. Im Falle von Untätigkeit oder Uneinigkeit nationaler Behörden müssen die EU-Behörden in der Lage sein, rechtsverbindliche Entscheidungen zu treffen. Bisher sind die Mitgliedstaaten jedoch nicht bereit, eine starke EU-Aufsicht mitzutragen. Wenn sich der Rat in den nächsten Tagen nicht entscheidend nach vorne bewegt, wird das Parlament nächste Woche ohne einen Kompromiss mit dem Rat die 1. Lesung abschließen. Dann muss der Rat sehr bald ernstzunehmende Vorschläge machen, damit die Behörden wie geplant am 01.01.2011 ihre Arbeit aufnehmen können.

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament
Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)
www.gruene-europa.de



Pressemitteilung

Programm zur Aufspürung der Terrorismusfinanzierung - SWIFT-Abkommen

Bericht Alexander Alvaro (ALDE,
DE)

Außerordentliche Sitzung des
LIBE-Ausschusses am Montag
Abend, 05.07.

Debatte im Plenum am
Dienstag, 06.07. und
Abstimmung am Donnerstag,
08.07.

Jan Philipp Albrecht MdEP
Büro: +33 (0)3 88 1 77060

Hintergrund: Bereits seit Herbst 2009 schwelt der Konflikt zwischen Rat und Europäischem Parlament um das SWIFT-Abkommen zur Weitergabe von europäischen Bankdaten an US-Behörden zur Terrorbekämpfung. Durch den Lissabon-Vertrag ist das Parlament beteiligt am Abschluss internationaler Abkommen und kassierte im Februar 2010 den bestehenden Text wegen Daten- und Rechtsschutzmängeln. Mitte Juni legte die Kommission ein nachverhandeltes Abkommen vor, das die Mitgliedsländer (auch die deutsche Bundesregierung) bereits unterzeichnet haben. Um das Verfahren noch vor der Sommerpause abzuschließen, soll das Europäische Parlament im Schnellverfahren auf der Juli-Plenarsitzung abstimmen. Konservative, Sozialdemokraten und Liberale signalisierten Zustimmung.

Grüne Position: Die Grüne Fraktion wird den vorliegenden Abkommenstext ablehnen, da die seit Monaten vom Parlament kritisierten Punkte noch immer im Text stehen. Noch immer ist keine verbindliche Befristung des Abkommens vorgesehen, obwohl das zuletzt alle Parlamentsfraktionen gefordert hatten. Zudem sollen die übermittelten Daten weiterhin fünf Jahre gespeichert werden, obwohl das der EU-Grundrechtecharta und jüngsten Urteilen des deutschen Bundesverfassungsgerichts widerspricht. Zudem ist die Frage der von vielen als EU-rechtswidrig betrachteten Massenübertragung persönlicher Daten noch nicht gelöst. Denn da die Daten nur nach einigen wenigen Kriterien, wie Land oder Tag, gefiltert werden können, sind immer auch viele unverdächtige EU-Bürger betroffen.

Ölbohrungen und - gewinnung

Stellungnahme von Rat und
Kommission (ohne Resolution),
Debatte im Plenum am
Mittwoch, 07.07. ab 15 Uhr

Rebecca Harms MdEP
Büro: +33 (0)3 88 1 77695

Hintergrund: Die Ölkatastrophe im Golf von Mexiko rückt auch die Tiefsee-Ölbohrungen in europäischen Gewässern in den Fokus des Interesses. Bei einer Debatte im Europäischen Parlament am 18. Mai stellte EU-Kommissar Günther Oettinger dar, dass die EU bereits zuständige Gremien und Mechanismen besitze, um auf einen möglichen Unfall zu reagieren. Forderungen nach einer neuen Gesetzesinitiative halte er daher für verfrüht.

Grüne Position: Entgegen der Auffassung Oettingers ist die Grüne Fraktion überzeugt, dass weder die Frage der

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament
Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)
www.gruene-europa.de



Pressemitteilung

Haftung noch der Risikovorsorge angemessen gelöst ist. Da keine einheitliche Haftungsregelung für Umweltverschmutzung durch Öl-Bohrfelder auf See bestehen, müssten die Kosten nicht etwa von Verursachern des Schadens, sondern von der Öffentlichkeit getragen werden. Strenge internationale Haftungsregelungen sollen Anreize für bessere Sicherheitsvorkehrungen der Ölfirmen schaffen. Die Kontrollbefugnisse der Europäischen Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA) müssen auf Ölplattformen ausgeweitet werden. Um die riskante und teure Abhängigkeit von der schwindenden Ressource Öl zu begrenzen, fordern die Grünen, dass die europäische Energiestrategie auf Effizienz, Einsparung und Erneuerbare ausgerichtet wird.

Neuartige Lebensmittel

Bericht Kartika Tamara Liotard
(GUE, NL)

Mitentscheidung, 2. Lesung,
Debatte im Plenum am
Dienstag, 06.07. ab 21 Uhr

Rebecca Harms MdEP

Büro: +33 (0)3 88 1 77695

Hintergrund: Neuartige Lebensmittel und Nahrungsinhaltsstoffe werden seit 1997 EU-weit geregelt (Richtlinie 258/97/EG). Der Kommissionsvorschlag sieht eine harmonisierte Risikobewertung bei der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit vor. So soll ein hohes Niveau an Gesundheit und Verbraucherschutz bei gleichzeitiger Effizienz des internen Marktes gewährleistet werden.

Grüne Position: Das Ergebnis der ersten Lesung und der zweiten Lesung im Umweltausschuss war aus Sicht der Grünen sehr gut. Sofern die zentralen Verbesserungen erhalten bleiben, werden die Grünen dem Bericht zustimmen. Dazu gehört: *Nano-Food:* Nano-Inhaltsstoffe sollen ausgezeichnet werden. Die Grünen sind für ein Moratorium von Nano-Food, solange dessen Risiken nicht abgeschätzt werden können. Der Rat ist gegen diese Forderung. *Klon-Lebensmittel:* Für Lebensmittel aus geklonten Tieren und deren Nachkommen soll die Kommission eine eigene Gesetzesvorlage unterbreiten (Der Rat ist für die Einbeziehung in die Verordnung zu neuartigen Lebensmitteln). Die Grünen sind für ein generelles Verbot von Klon-Lebensmitteln im Binnenmarkt. *Gen-Produkte:* Die Grünen fordern, dass Lebensmittel aus Tieren, die mit genetisch verändertem Futter gefüttert wurden, ausgezeichnet werden. Der Rat lehnt das ab.

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament
Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)
www.gruene-europa.de



Pressemitteilung

Industrieemissionen (IPPC - Richtlinie über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung)

Bericht Holger Kraemer (ALDE,
DE)

Mitentscheidung, 2. Lesung,
Debatte im Plenum am
Dienstag, 06.07. ab 21 Uhr

Rebecca Harms MdEP
Büro: +33 (0)3 88 1 77695

Hintergrund: Die bestehende IPPC-Richtlinie 96/61/EG soll der Verminderung/Vermeidung von Industrie-Emissionen dienen. Zentral ist dabei der BAT-Ansatz (BAT = Best Available Techniques), das heißt Emissionsgrenzwerte in Genehmigungsverfahren für bestimmte Industrieanlagen müssen sich an den "besten verfügbaren Techniken" orientieren. Bislang setzen die Mitgliedsstaaten die Bestimmungen aber nicht umfassend um. Der ursprüngliche Kommissionsvorschlag zur Überarbeitung der Richtlinie erweitert im Wesentlichen den Geltungsbereich und verstärkt die Kontrolle der Einhaltung der BAT-Emissionsgrenzwerte. Der Rat fügte in den Text weitreichende Ausnahmen für große Verbrennungsanlagen ein und räumte den zuständigen Behörden der Mitgliedsstaaten mehr Freiräume ein, von den BAT-Emissionsgrenzwerten abzuweichen.

Grüne Position: Mit einigen konservativen Gegenstimmen nahm der Unterausschuss eine Reihe von ehrgeizigen Änderungsanträgen als Basis für die zweite Lesung an. Auch wenn das Europäische Parlament in den Verhandlungen mit dem Rat diese nicht vollständig erhalten konnte, werden die Grünen dem Text dennoch zustimmen, weil die Ratsposition substantiell verbessert wurde: Zentral ist hier vor allem der Kompromiss zu den Kriterien für eine Abweichungen von den BAT-Emissionsgrenzwerten. Weitere Verbesserungen umfassen Umweltschutzklauseln, zusätzliche Kontrollen bei Nichtbefolgung sowie der Hinweis auf die künftige Einbeziehung weiterer Grenzwerte (Dioxin, Furan, Schwermetalle etc.).

Mit den besten Grüßen

Helmut Weixler
Head of Press Office

mobile phone: +32 475-67 13 40
mail:
Helmut.Weixler@europarl.europa.eu

Daniela Ortlauf
Referentin für Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit
Europagruppe GRÜNE

mobile phone: +49 176-629 00 852
mail: Daniela.Ortlauf@europarl.europa.eu

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

www.gruene-europa.de



Die Grünen | EFA
im Europäischen Parlament

Pressemitteilung